

40% Zinsanteil in den Preisen - eine Diskussion!

Von Helmut Creutz



Ein offene Brief von Frank Sichla (in dem er den von Helmut Creutz berechneten, durchschnittlichen Zinsanteil in den Preisen anzweifelt), hat eine Diskussion über die Berechnung des Zinsanteils in den allgemeinen Preisen angefacht. Anlass ist ein Artikel von Helmut Creutz in der HUMANWIRTSCHAFT Ausgabe Juli/August 2004. Nachfolgend dazu eine Stellungnahme von Helmut Creutz:

Worum geht es?

In meinem Artikel, "Zinsmonopoly - Wer ist Verlierer, wer Gewinner?", wird jedem Leser die Möglichkeit geboten, seinen persönlichen Zinslast- bzw. Gewinnsaldo zu errechnen. Dabei wurde für die Zinsbelastung ein durchschnittlicher Anteil von 40% der Ausgaben zu Grunde gelegt.

Diese Belastung ergibt sich, wenn man die Bankzinserträge, die in etwa der Schuldenzinsbelastung unserer Volkswirtschaft entsprechen und im Jahr 2001 bei 382 Mrd Euro lagen, an den Haushaltsausgaben in Höhe von 1.232 Mrd misst. Der sich daraus ergebende Durchschnittssatz von 31% muss für die Verzinsung des schuldenfreien Sachkapitals jedoch noch erhöht werden. Da das gesamte in der Wirtschaft eingesetzte Kapital den verschuldeten Teil um etwa die Hälfte übersteigt, kämen also noch etwa 15% dazu. Im Hinblick auf die derzeitige Wirtschaftssituation, habe ich diese (statistisch nicht ausgewiesene) Sachkapitalverzinsung jedoch nur mit 9% angesetzt. Damit ergibt sich (auch zur einfacheren Berechnung!) jener Satz von 40%, den man inzwischen als Minimum für die durchschnittliche mit den Ausgaben direkt oder indirekt zu bedienende Zinsbelastung ansetzen muss.

Selbstverständlich stehen diesen zu tragenden Zinsbelastungen der Haushalte auch ähnlich hohe (um die Bankmarge verringerte) Zinseinnahmen gegenüber. Diese Zinseinnahmen aber hängen nicht vom Umfang der Ausgaben ab, sondern vom Umfang der zinsbringenden Vermögenswerte, über die ein Haushalt jeweils verfügt. Auf dieser Basis und mit Hilfe der Tabelle kann jeder Leser der Juli/August-Nummer der Humanwirtschaft seine persönliche Situation auf vereinfachte Weise überprüfen.

Zum Einspruch und seine Hintergründe:

Was bewegt nun Frank Sichla zu seinen geharnischten Auslassungen, in denen er dem Redakteur "Böswilligkeit" unterstellt und mit Reaktionen droht, die "über eine Beschwerde beim Presserat hinaus gehen" könnten? In denen er ihm vorwirft, seiner "journalistischen Sorgfaltspflicht" und "Verantwortung im Sinne des Pressegesetzes nicht gerecht" zu werden, ja sogar "den öffentlichen Frieden" in den deutschsprachigen Ländern zu gefährden?

Nun, es ist der ihm zu hoch erscheinende Satz von 40%, den er in seinem fünf Seiten langen Schreiben herunter zu rechnen versucht, mit oft verwirrenden und komplizierten Beispielen, die häufig vom eigentlichen Thema wegführen. Dabei stützt er sich in vielen Punkten auf eine Kritik des österreichischen Universitätsdozenten Gerhard Niederegger, auf die ich bereits 1997, in der Septemerausgabe der Zeitschrift DER DRITTE WEG, in einem siebenseitigen Aufsatz detailliert eingegangen bin. Nachfolgend möchte ich deshalb nur auf einige Aussagen in dem Text von Frank Sichla eingehen, wenn auch teilweise in verkürzter Wiedergabe:

01 „Nicht alle Unternehmen können ihre Zinslasten auf die Kunden umlegen“

Das trifft unbestritten zu. Aber ebenso unbestreitbar ist, dass ein Unternehmer, der diese Umlegung nicht schafft, sehr bald pleite ist. Ebenfalls ist unbestreitbar, dass es andere Unternehmer gibt, deren Eigenkapitalverzinsungen weit über den Bankzinsen liegen - man denke nur an die noch vor wenigen Jahren als selbstverständlich angesehenen Renditen von 15 oder sogar 20%!

02 „Die gesamten Sollzinsen.... werden nicht nur von den Unternehmen erbracht“

Auch das ist unbestritten. Aber auch die Schuldenzinsen des Staates werden letztlich, direkt oder indirekt, über Steuern, Gebühren und Preise auf die Privathaushalte überwältigt. Entscheidend ist, dass im Endeffekt sämtliche Zinsen von den Haushalten bzw. Endverbrauchern zu bezahlen sind, keinesfalls nur, wie oft vermutet, nur die Zinsen für eigene Konsumenten- und Hypothekenschulden.

03 „Es wird nicht berücksichtigt, dass viele Zinszahler auch Zinsempfänger sind“

In meiner von Sichla beanstandete Tabelle in der Zeitschrift geht es ja gerade darum, dass jeder Haushalt den zu tragenden Zinslasten auch seine persönlichen Zinseinnahmen gegenüberstellen muss. Nur so kann er beurteilen, ob er bei der gigantischen Zinsumverteilung zwischen Zahlern und Empfängern per Saldo Gewinner oder Verlierer ist!

04 „Zinsaufwendungen der Unternehmen 55,5 Mrd ./ Zinserträge 24 Mrd = 31 Mrd Zinsaufwendungen“

So kann man die zinsbedingten Lasten in den Preisen leider nicht zum Verschwinden bringen! Denn kein Unternehmen wird bei der Kalkulation die als Kosten einzusetzenden Schuldenzinsen um die eingenommenen Zinsen reduzieren! Wäre das so, dann müssten die Mieten, die zu rund zwei Dritteln aus Zinsen bestehen, auf ein Drittel sinken, wenn ein Haus je zur Hälfte mit Fremd- und Eigenkapital finanziert worden ist und damit die Zinsaufwendungen, nach obiger Rechnung, bei Null liegen!

Außerdem können Zinsaufwendungen der Unternehmen in Höhe von 55,5 Mrd Euro bei einer Verschuldung der Unternehmen in Höhe von 3.644 Mrd Euro nicht stimmen. Vor allem nicht, wenn der Staat, bei 1.254 Mrd Euro Schulden, im gleichen Jahr bereits 68 Mrd Zinsen zahlen musste! Entsprechend unzutreffend sind darum auch alle auf diesen Annahmen aufbauenden Berechnungen.

05 „Der Zins in den Preisen liegt bei 3-8% - großzügig bemessen bei 7%“

Wahrscheinlich gibt es einzelne Preise die in diesem Zinsrahmen liegen, wie z.B. bei einem handgeflochtener Korb. Wie illusorisch dieser Betrag jedoch als Durchschnitt ist, zeigt allein das Beispiel Miete: Hier liegt - wie bereits erwähnt - der Zinsanteil mindestens bei 60% (was jeder leicht nachrechnen kann!) und da die Mieten fast ein Viertel aller Ausgaben der Haushalte ausmachen, beanspruchen alleine schon diese in den Mieten steckenden Zinsen 15% der Haushaltsausgaben und damit bereits das Doppelte der von Frank Sichla zugebilligten Gesamtgröße! Außerdem kann es nicht sein, dass die Mehrwertsteuer 2001 mit 104 Mrd Euro bei 8,5% der Haushaltsausgaben lag, die fast vier Mal so hohe Zinsbelastung von 382 Mrd sich aber nur mit 7% auswirkt!

06 „Es ist zu fragen, warum nicht der gesamte Umsatz in Höhe von 3.418 Mrd Euro als Referenzgröße dient?“

Diese Umsatzgröße ist dafür ungeeignet, weil sie aus den aufeinander folgenden Additionen aller Wirtschaftsvorgänge resultiert, von der Rohstoff-, Halb- und Fertigproduktion über Groß- und Einzelhandel! Sie enthält damit die gleichen Kostenposten mehrfach und steigt als Folge sogar weit über das BIP hinaus (2071 Mrd Euro).

Dass in dieser Wertschöpfungsrechnung des BIP auch die Zinsen gegeneinander und damit auf Null verrechnet werden (bis auf den geringen Auslandsaldo), ändert nichts daran, dass sie irgendwann von jemandem zu bezahlen sind, der sie nicht mehr an Dritte weiterwälzen kann, und das ist nun einmal der Endverbraucher.

07 „In welcher Welt lebt Herr Creutz?“

Ich denke, in einer recht realen, in der man zur Kenntnis nehmen kann, dass der heutige Durchschnittssatz von 40% bezogen auf die Haushaltsausgaben vor gut zehn Jahren noch bei 30% lag, vor dreißig Jahren bei 20% und vor fünfzig Jahren unter 10%! Und in einer Welt, in der allzu viele immer noch zu wenig Kenntnis davon haben, dass dieses letztlich zinseszinsbedingte Überwachstum unaufhaltsam jene Gefährdung des "öffentlichen Friedens" auslöst, die Frank Sichla mit der Nennung der Zinsbelastung verknüpft!

Helmut Creutz
Monheimsallee 99
52062 Aachen
helmut.creutz@iit-online.de
25. Juni 2004